

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 17

Keine Fahnenflucht

tralität bei einer Mitgliedschaft in einem supranationalen Gebilde gewahrt würden.

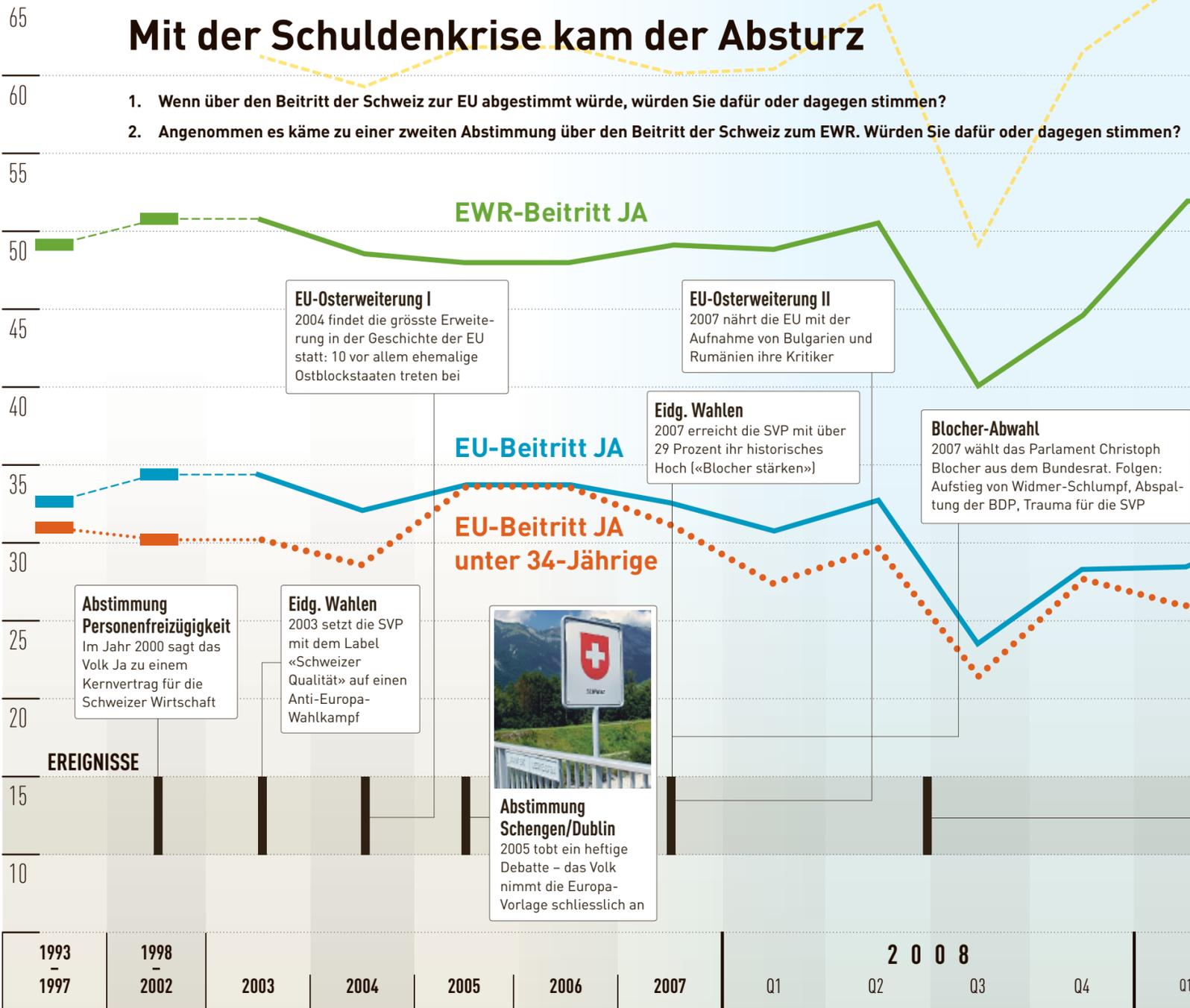
Ein dramatischer Vertrauensschwund in EU und EWR setzte 2010 bei den Befragten mittleren Alters ein – während die 35- bis 55-Jährigen um die Jahrtausendwende mit 38 Prozent noch den grössten Zuspruch zur Europäischen Union verzeichneten, sind sie nun zusammen mit den älteren Semestern die kritischste Gruppe. Im Gegenzug waren die unter 34-Jährigen stets am Europa-skeptischsten – das kehrte im Jahr 2009, seither ist diese Gruppe von allen Alterskategorien am europafreundlichsten. Im dritten Quartal 2012 waren bei den jungen Schweizern immerhin 16 Prozent für einen EU-Beitritt – der gegenwärtig höchste Wert aller Altersklassen. Ein Grund für diese Wende bei den Jungen dürfte die Finanzkrise und die staatliche Rettung der Grossbank UBS 2008 gewesen sein – der Beinahe-Crash des Schweizer Finanzplatzes hat die Prioritäten für einen Schweizer Alleingang geschwächt.

Eine weitere bemerkenswerte Entwicklung zeigt das Resultat aufgeschlüsselt nach Gesellschaftsschichten: Bis 2010 waren die nach eigener Einschätzung «Gutsituieren» am EWR-freundlichsten. Heute ist genau diese Gruppe am kritischsten: Mit nunmehr 28 Prozent verzeichnet sie im dritten Quartal 2012 den tiefsten Zustimmungswert bezüglich EWR. Eine Ursache dafür ist wohl die einsetzende Schuldenkrise auf dem Kontinent und der damit verbundene Druck auf die Nettozahler in der Eurozone. Dies könnte bei den Bessergestellten Tendenzen zur Besitzstandswahrung befördert haben.

Markwalder: «Wir befinden uns in einer Sackgasse»

Generell hinterlassen die Finanz- und die Schuldenkrise in den Popularitätskurven des EWR und der EU sichtbare Spuren. Nachdem die Schweizer Banken in die Finanzkrise gerieten, stieg offenbar die Bereitschaft, sich international einzubinden – so wirkte sich die Finanzkrise nach einem ersten Absturz leicht positiv für den EWR aus. Mit der verfahrenen Situation der europäischen Schuldenkrise und dem wirtschaftlichen Elend

Ja-Anteile in Prozent



der südlichen Eurostaaten befindet sich die Popularität Europas aber im freien Fall.

Die Gretchenfrage lautet, was das für die europäische Perspektive der Schweiz bedeutet. Die obigen Zahlen zeigen: Ein Beitritt in eine der beiden europäischen Organisationen ist mit solch tiefen Zustimmungswerten im Volk politisch nicht machbar. «Wir befinden uns in einer Sackgasse», sagt Christa Markwalder. Die Berner FDP-Nationalrätin präsidiert die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) und repräsentiert damit die EU-Beitrittsbefürworter. Die mise-

rablen Umfragewerte relativiert sie. «Dass es um die Volksgunst für die EU schlecht steht, ist ein europaweites Phänomen, das an die Schuldenkrise gekoppelt ist – die Schweiz ist in dieser Hinsicht kein Sonderfall.» Sie glaubt, dass der Bilateralismus in seiner jetzigen Form am Ende ist, auch wenn sie entgegen eigener Überzeugungen einsieht, dass ein EU-Beitritt unrealistisch ist. «Das Verständnis in Brüssel für den Sonderfall Schweiz ist mit der Erweiterung der EU und der Anrufung der Ventilklausel drastisch zurückgegangen» Unser Land sei aber auf die Abkommen angewiesen –

deshalb brauche es «institutionelle Lösungen für die aktuelle bilaterale Situation». Gemeint ist damit eine Bündelung der über tausend Einzelverträge zwischen Bern und Brüssel unter einem Dach mit Streitschlichtung und Weiterentwicklung des Rechtsbestands.

Spätestens beim Begriff «Bilateralismus» wird Christoph Blocher im Gespräch mit der SonntagsZeitung laut. «Das Wort ist etwas vom Dümmsten, das es gibt! Die Schweiz schliesst seit 700 Jahren zweiseitige Verträge ab.» Was soll die Schweiz denn hinsichtlich Europa konkret tun? «Nichts! Wir

brauchen nichts Lebensnotwendiges von der EU.» Er teilt Markwalders Einschätzung nicht, dass die Schweiz am kürzeren Hebel sitze. «Demandeur ist heute die EU.» Als Beispiele nennt er die Holdingsteuer und das Bankkündengeheimnis – beide Schweizer Rechtsphänomene sind Brüssel ein Dorn im Auge. «Der EU sind vor allem zwei Verträge mit uns wichtig: der Verkehrsvertrag und die Personenfreizügigkeit. Die Neat-Achse ist für die EU lebenswichtig. Und was die Personenfreizügigkeit angeht: Es leben bald eine Million EU-Bürger im Land.

Das wären in der EU eine Million Arbeitslose mehr.» Seine Haltung ist klar: «Wir müssen weltoffen sein, selbstverständlich auch mit den europäischen Staaten. Aber grosse Visionen braucht es nicht – die Schweiz fährt gut damit, wie sie jetzt ist.»

Calmy-Rey: «EWR-Vertrag ist nicht befriedigend»

Thomas Cottier, Professor für Europarecht an der Universität Bern, widerspricht: «Ich sehe die Situation der Schweiz bezüglich Europa ganz anders als Herr Blocher.» Unternimmt das Land

«Aber dann in der Rolle des Elder Statesman»

SVP-Vize **Christoph Blocher** über die Millionen für den Abstimmungskampf 1992 und sein Verhältnis zum damaligen Gegner Adolf Ogi

Herr Blocher, diese Abstimmung prägte Ihre Karriere. Einverstanden?

Die EWR-Vorlage war die wichtigste Abstimmung des letzten Jahrhunderts. Das hat das Schweizer Volk auch gemerkt – sonst wären wohl nicht über 78 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne gegangen.

Was war Ihre grösste Hürde?

Wir Gegner dieses Kolonialvertrages waren zu Beginn sehr isoliert. Der damalige Auns-Geschäftsführer Otto Fischer und ich waren zu Beginn allein. Anfang 1992 waren gut 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung für den EWR. Wir hatten auch alle Medien gegen uns – Ausnahmen waren bei den Tageszeitungen die «Schaffhauser Nachrichten» und

bei den Wochenzeitungen die «Finanz und Wirtschaft».

Trotzdem konnten Sie eine Mehrheit mobilisieren.

Otto Fischer und ich hielten jeden Tag irgendwo im Land mindestens einen Vortrag, und zwar 365 Tage im Jahr! Daneben führte ich in einer Rezessionsphase mein Unternehmen. An unseren Veranstaltungen waren zuerst wenige, dann am Schluss bis zu mehrere Tausend Besucher. Schliesslich wurde daraus eine Volksbewegung. Viele Leute engagierten sich ehrenamtlich, sie führten Standaktionen durch und verteilten Flugblätter, schrieben Leserbriefe und vieles mehr.

Wer war Ihr grösster Gegner?

Unschön war, dass ich mit Dölf Ogi den eigenen Bundesrat gegen

mich hatte. Er war zwar nicht formell federführend, hat aber die Kampagne für den Beitritt massgeblich begleitet. Ogi war damals ein leidenschaftlicher EU-Befürworter. Wir hatten oft heftig miteinander debattiert. Aber uns menschlich nie befeindet.

Er hat Ihnen mit dem «Trainingslager»-Ausspruch aber auch geholfen.

Ganz ehrlich: Auch wenn Ogi das nicht gesagt hätte – bereits in der bundesrätlichen Botschaft war damals klar, der EWR sei nur eine Etappe zum EU-Beitritt.

Wie viel hat Sie die Kampagne persönlich gekostet?

Ich gab dem Komitee eine Defizitgarantie von drei Millionen Fran-



Blocher im November 92 während einer TV-Debatte FOTO: KEY

ken. Allerdings wurde nicht alles davon gebraucht, denn unglaublich viele Leute haben uns Bargeldspenden geschickt. Sogar Wirtschaftsvertreter, die öffentlich für den Vertrag waren, haben uns Geld gespendet. Der Abstimmungskampf hat mich persönlich zwischen einer und zwei Millionen Franken gekostet. Das war damals für mich als junger Unternehmer übrigens viel mehr, als es heute wäre. Aber so viel ist mir die Schweiz sicher wert.

Sie stellten sich gegen die gesamte Wirtschaftselite.

Im Verwaltungsrat der Bankgesellschaft sagten sie mir: «Entweder bist du für den EWR oder du verlässt den Verwaltungsrat.» Man legte mir den Rücktritt nahe – doch das machte ich nicht. Sie haben mich dann rausgeworfen.

Sie rechnen mit einer neuen Europa-Abstimmung in den nächsten Jahren. Wer soll Ihren Kampf weiterführen?

Wenn ich dann noch da bin, werde ich mich natürlich wieder engagieren. Aber dann in der Rolle des Elder Statesman. Es gibt Junge, die die Nachfolge übernehmen werden wie etwa Thomas Aeschi oder auch Lukas Reimann, wenn er endlich das Studium abschliesst! Sonst wird der noch Berufspräsident werden. Auch Gregor Rutz ist ein guter Mann. Aber es darf keiner sein, der ein Ämtlein oder ein Pöstchen bei der Eidgenossenschaft will, denn er muss einstecken können. Ich hatte 1992 den Vorteil, dass ich unabhängig war.

INTERVIEW: REZA RAFI